

Stunden auch für die Zukunft festgelegt haben. Umso einbringlicher muß die Förderung wiederholt werden, baldigst ein neues Arbeitszeitgesetz zu schaffen, das die regelmäßige Arbeitswoche auf fünf Tage oder 40 Stunden beschränkt.

An einer weiteren Entlastung zur Lohnfrage heißt es u. a.: Statt der in Aussicht gestellten Belebung der Wirtschaft ist die Arbeitslosigkeit gerade infolge der Kaufkraftverminderung erheblich weitergegriffen. Die Förderung der Gewerkschaften nach der Erhaltung des Lohnniveaus liegt dagegen nicht allein im Interesse der Arbeiterklasse. Löhne und Gehälter steigen unmittelbar und zellos in den Konsum zurück und bilden einen beständigen Antrieb des wirtschaftlichen Lebens. Der Bundesauswärtigen Amt fordert daher, möglichst von der Reichsregierung wie von allen öffentlichen Stellen, den bisherigen Druck auf die Löhne sofort einzustellen und der Arbeiterklasse gegenüber dem Untereinkommen den Schutz zu gewähren, den andere weniger Gefährdete für sich in Anspruch nehmen.

19 000 Arbeitslose weniger

Berlin, 11. März.

Ende Februar hat nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 28. Februar dieses Jahres (insoweit die Zahl der Arbeitslosen wie die der hauptunterstützten Empfänger in der Arbeitslosenversicherung etwas abgenommen. Nur die Zahl der Krisenunterstützten ist noch gestiegen, jedoch langsame als im November. Die Forderung vom 28. Februar ergab, daß von den bei den Arbeitsämtern eingeschriebenen verfügbaren Arbeitsuchenden rund 4 972 000 arbeitslos waren, das heißt rund 19 000 weniger als am 15. Februar. Von der Gesamtzahl der Arbeitslosen wurden Ende Februar rund 2 589 000 aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung, rund 908 000 aus denen der Krisenunterstützung unterstellt. Die Entlastung der Arbeitslosenversicherung gegenüber dem letzten Stichtag betraug sich auf annähernd 13 000, die Mehrbelastung in der Krisenunterstützung auf rund 46 000 Hauptunterstützungsempfänger. In den beiden versicherungsmäßigen Unterbringungseinrichtungen wurden mit Ende Februar rund 3,5 Millionen Arbeitslose betreut.

Deutsche Tageschau.

Aus Trag ausgewiesen.

Der Vertreter der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ in Trag, Kornhuber, der als Journalist und Korrespondent aus verschiedenen anderen reichsdeutschen Blättern jährlich in Trag tätig war, ist aus der Redaktion ausgewiesen worden. Die Ausweisung wurde von einigen hiesigen Blättern wegen der offenen Kritik an der Reichsregierung und der Bereitwilligkeit in der Tageschau seitens der Leipziger Zeitung geübt. Kornhuber muß das Land binnen drei Tagen verlassen. Die Ausweisung des reichsdeutschen Journalisten erregt beträchtliches Aufsehen.

Lohnverhandlungen bei der Reichsbahn ergebnislos.

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft teilt mit, die Verhandlungen zwischen Reichsbahn und Gewerkschaften über eine Lohnsenkung wurden fortgesetzt. Da die Gewerkschaften jedes Eingehen auf die Forderungen der Reichsbahn ablehnten und die Aufrechterhaltung der bestehenden Löhne verlangten, haben die Verhandlungen zu keinem Ergebnis geführt. Die Reichsbahn-Hauptverwaltung wird nunmehr die Einstellung eines Schlichtungsverfahrens beantragen.

Die deutsch-estländischen Entschädigungsverhandlungen.

Der Reichsdeutsche Gesandte beauftragte den estländischen Außenminister Toemisson, der dem Gesandten die Antwort mitteilte, auf eine deutsche Denkschrift in der Frage der Entschädigung der enteigneten reichsdeutschen Güterbesitzer in Estland überzugehen. Von deutscher Seite wurde die Forderung der gesamten Wertsgegenheit an ein internationales Schlichtungsgericht verlangt. Einseitig wurde dagegen jetzt angeführt, daß die Verhandlungen der estländischen Regierung mit den enteigneten reichsdeutschen Güterbesitzern noch in der Schmelze seien und daß daher die Angelegenheit für eine schiedsgerichtliche Lösung noch nicht reif wäre.

Das landwirtschaftliche Hochschulfwesen

Ausbildungsanstalten und Wissensgebiet.

Der jetzt dem Reichstag vorliegende Bericht des Enquete-Kommissionen gibt einen interessanten Einblick in das landwirtschaftliche Hochschulfwesen. Gegenwärtig sind in Deutschland 13 akademische Ausbildungsanstalten für Landwirtschaft vorhanden, und zwar 4 landwirtschaftliche Hochschulen in Berlin, Bonn, Regensburg, Göttingen und Weihenstephan, ferner 8 landwirtschaftliche Universitätsinstitute in Königsberg, Breslau, Halle, Göttingen, Kiel, Leipzig, Jena und Osnabrück; hinzu kommt noch die landwirtschaftliche Abteilung der Technischen Hochschule in München. Die meisten Studierenden haben Berlin, Halle und Leipzig aufzuweisen. Das in der Substanzzeit zu bewältigende Wissensgebiet ist im Laufe der Zeit immer mehr sich vergrößernd. Zu den Grundwissenschaften rechnen Chemie, Physik, Mineralogie, Geologie, Zoologie, Botanik sowie Anatomie und Physiologie der Haustiere und außerdem die Volkswirtschaftslehre.

Ende der „Kreuzzeitung“

Berlin, 11. März.

Wie das „Berliner Tageblatt“ erfahren haben wird, wird die „Kreuzzeitung“, das älteste Berliner Blatt der Reichszeit, das jetzt im 83. Jahrgang besteht, am 1. Juli dieses Jahres ihr Erscheinen einstellen. Zu diesem Termin ist dem genannten Blatt zufolge sämtliche Redaktionen und Mitarbeiter mit der Begründung gefündigt worden, daß weitere Verlagsmittel zur Durchführung des Unternehmens nicht mehr vorhanden seien. Verheißt, das Blatt durch Druckgemeinschaftlich mit einem anderen Reichsblatt die eigene Produktion zu erhalten, seien noch Gegenstand von Verhandlungen.

Russische Zukunftsmusik.

Bericht über die Reise der deutschen Industriellen.

Moskau, 11. März.

Als Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem Vorstehenden des Obersten Volkswirtschaftsrates der Sowjetunion und der Abordnung deutscher Industrieller sind beide Seiten übereingekommen, folgenden amtlichen Bericht zu veröffentlichen:

Die Verhandlungen zwischen dem Vorstehenden des Obersten Volkswirtschaftsrates und der deutschen Industrieabordnung, die der Beilegung der Schwierigkeiten in der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen und der Erörterung von Fragen der Erweiterung und Vertiefung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen gewidmet waren, haben zu einem beide Seiten befriedigenden Ergebnis geführt.

Nach beiderseitigen Einvernehmen wurde festgelegt, daß eine bilateralistische Kommission zur

schäftlichen Beziehungen die beste Grundlage für die Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen abgeben würde. Es wird insoweit möglichst sein, ständige Delegationen mit dem Ziele einzuführen, daß jedem einzelnen Unternehmer ein ausreichend breites Betätigungsfeld für seine Geschäftsbestrebungen verliehen wird. Dieser Weg wird die bestmögliche Ausnutzung des Programms sein, das den tatsächlichen Bedürfnissen der Industrie angepaßt ist. Beide Seiten sind zu einem Übereinkommen über die Sicherung der Ausführung weiterer Delegationen für die Konjunktions- und Wirtschaftspolitik mit der Maßgabe gelangt, daß die Aufträge in Deutschland untergebracht werden.*

Die Worte klingen ja gewiß recht schön, aber nach den Erfahrungen, die wir immer wieder nach „Rapallo“ und Berliner Vertrag mit den Russen machen mußten, ist es gewiß angebracht, in die hoffnungsvollen Versprechungen einige getreue Zweifelsmomente einzufügen, um allzu große Enttäuschungen zu vermeiden.

Polen am Pranger.

Die Terrorakte in Hohenbierken vor Gericht.

Rybnik, 11. März.

Vor dem Schwurgericht in Rybnik begann der Prozeß wegen der am 19. November vorigen Jahres gegen Angehörige der deutschen Minderheit in Hohenbierken verübten Terrorakte. Bei diesen Vorfällen wurden die deutschen Minderheitsangehörigen von den polnischen Aufständischen in schwerster Weise körperlich mißhandelt, zum Teil wurde ihnen auch die Wohnungseinrichtung zerstört. So wurde der Vertrauensmann des Deutschen Volkswirtschaftsbundes, Neugebauer, so lange gefoltert, bis er bewußtlos zu Boden stürzte. Wochenlang lag er an den Folgen der Verletzungen schwerkrank darniederliegend. Gleich nach den Vorfällen wurden zwei Aufständische verhaftet, während vier andere, darunter der polnische Schulleiter Schimajski sowie der Volkswirtschaftsamt-Konze der Mißhandlung beschuldigt wurden. Gegen alle sechs Personen wurde das Strafverfahren wegen Landfriedensbruchs, schwerer Körperverletzung bzw. Ausbreitung zu Gewalttaten eingeleitet.

Vor Gericht bestritten sämtliche Angeklagten die ihnen in der Anklageschrift zur Last gelegten Verbrechen. Besonders die Angeklagten Schimajski und Konze versuchten, die Schuld an den Vorgängen der „provozierenden“ Tätigkeit des Deutschen Volkswirtschaftsbundes zuzuschreiben. Auch die Nationalsozialisten in Rybnik gähen in herausfordernder Weise an der Grenze demonstriert. Konze will sogar durch einen Spieß ergriffen haben, die Arbeiter seiner Anhänger einen „Leberlauf“ auf Hohenbierken geplant hätten (1). Dieser angebliche Leberlauf sei dann auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden. Als der Rechtsbeistand der in nach Nebenklagen auftretenden geschädigten Deutschen ihn nach anderen Einzelheiten über die Angelegenheit befragte, gab Konze unter Verwahrung auf sein Dienstgeheimnis beschränkende keine Auskunft.

Die Vernehmung der Angeklagten begann am frühen Nachmittag. In der Nachmittagspause wurde in die Beweisaufnahme eingetreten. Ingesamt sind über 30 Zeugen geladen. Der Prozeß dürfte mehrere Tage dauern.

Der Aufgabe kritischer Zeit.

Schwierigkeiten für den Volk von Rom.

Washington, 11. März.

Nachdem sich aus Washington die ersten bedeutenden Stimmen gegenüber der unter englischer Führung in Rom zustande gekommene Einigung zwischen dem britischen, französischen und italienischen Heer, erhebt nun auch die japanische Regierung ihre Stimme und macht Zweifel geltend, die die Einigung dieses römischen Paktes in das Londoner Flottenabkommen und damit dessen Erweiterung zu dem ursprünglich angeführten fünfmächtepakt gefährden.

Ebenso wie der Präsident der Vereinigten Staaten den Standpunkt vertritt, daß die neuen Abmachungen nicht ratifiziert werden könnten, wenn sie sich nicht ohne jede Beziehung in das Londoner Instrument einfügen ließen, ebenso erhebt man in Tokio Einwände dagegen, den Pakt von Rom zu einem Teil des Londoner Flottenabkommens zu machen und vertritt die Auffassung, daß die in London erreichte Verständigung zu Dreien für sich stehen und der Pakt von Rom als selbständiges Übereinkommen zwischen den beiden anderen Regierungen daneben bestehen solle. Zum mindesten für eine Übergangszeit hält man eine Verfestigung der beiden Abkommen nicht für notwendig, und man sieht in Japan nicht nur formale Bedenken, sondern man weiß ausdrücklich auf die Durchbrechung der Londoner Vereinbarungen hin, die in Rom zu Gunsten Frankreichs erfolgt ist und die Frankreich damit eine bedeutliche Leberlegenheit nicht nur an Unterlebensorten, sondern vor allem an leichten Streitkräften zuführt. Die Japan nicht hinnehmen zu können glaubt. Der schwerere Teil der Aufgabe, die sich die englische Regierung gestellt hat, als sie mit der Rolle der Minister Heydenhofen und Alexander diesen Fragen einen neuen Anstoß gab, bleibt also noch zu bewältigen.

Englands Abbrümpfungspolitik

London, 11. März.

Der Staatssekretär für die Handelsangelegenheiten, Sir W. G. Adams, gab bei der Einbringung der Seeresourcenfrage im Unterhaus eine Erklärung über die Richtlinien der Regierungspolitik in der Abbrümpfung ab. Die Regierung beschließt weiterhin, die britischen Streitkräfte in ihrer augenblicklichen Höhe aufrechtzuerhalten. Es liege außer Frage, daß die riesige Verabreichung der Rüstung, die in England vorgenommen wurde, von anderen Ländern nicht nachgeahmt werden wird. Unter diesen Umständen ist es für ihn unmöglich, die Regierung eine weitere einseitige Verminderung der Streitkräfte zu empfehlen. Die Vergleichsrechnungen sprächen dagegen, die Erfahrung spreche dagegen und auch die Aussichten des Friedens und der Abrüstung für die Zukunft sprächen dagegen. Das Haus werde ihm schon recht verleben, wenn er erkläre, daß die Aussichten der Abrüstung dagegen sprächen. Die Regierung werde, so wie sie es für ihn unmöglich, die Regierung eine weitere einseitige Verminderung der Abrüstung zu Lande eine führende Rolle übernehmen. Aber zur Zeit sei es vollkommen unmöglich, eine Herabsetzung der Streitkräfte vorzuschlagen, und aus diesem Grunde seien die in den Vorschlägen aufgeführten Zahlen ungeändert die gleichen wie im vergangenen Jahre.

Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 11. März 1931

Winterliches Land.

Kurz vor Frühjahrsbeginn hat ein dunkler Tag uns noch einmal den Winter gebracht. Gelbes schimmern die Schneefelder, darin hier und dort blau ein Rabitzschneit, eine Baumgruppe in der Ferne, ein Tal mit schneebedeckten Dächern. Man stapft durch den Schnee, Schneemänner werden gebaut, und Schneeballschlachten gehen hin und her. . . Die Tage sind von Schillertagelaut und frohellen Stimmen durchflungen und die Nächte von Mondlicht auf blendendweißen Schneefeldern oder von launelichen Schneespielen erfüllt. Sonne schillert ihr mattes Gelb über die Hügel, weiten Felder, aus unter deren Schneedecke die Saaten schimmern. Darüber liegt nahe dem Horizont ein glasiger Wolkenstreif, läßt über den winterblauen Himmel gespannt Dies Gelb, Grün und Blau bilden einen wie mit Wasserfarben gemalten Kontrast zum Weiß, Blau und Braungrau der Erde. — Wenn aber der Schnee in diesen Flöten herabfällt und ein grauer Himmel den Tag überdeckt, dann sind dort blau ein Rabitzschneit, ein ausgefüllt. Dann ragen die Schneebäcker in einen gleichgetönten Himmel, daß man nicht weiß, wo sie aufhören. Die Bäume aber im Garten liegen aus, als 'ten sie in einen Märdenwald. — Am frohlocken Sonnen-Mittagen ziehen gleichmäßig die Rauchfahnen über die weißen Dächer. Der Schnee glüht und flimmert, daß man glaubt, die Augen schließen muß. Wenn dann an einem überdunkelten Baum ein helles Blau aufsteigt, das trotz winterlicher Täuschung an den nahen Frühling glaubt, dann scheint dir der ganze Tag zauberlich verpönnen.

— Kein weiterer Einzelverkauf von Zigaretten. Aus dem Reichsfinanzministerium wird mitgeteilt: Es werden immer wieder Gerüchte verbreitet, nach denen der Reichsminister der Finanzen beabsichtigen soll, die für den ständewirtschaftlichen Verkauf von Zigaretten (Einzelverkauf) durch Verordnung am 6. Februar 1931 bis zum 28. Februar 1931 festgesetzte Frist zu verlängern. Diese Gerüchte entstehen jeder tatsächlichen Grundlage. Eine Fristverlängerung für den Einzelverkauf von Zigaretten kommt keineswegs in Frage. Zigaretten dürfen vom 1. März 1931 ab nur noch in ganzen geschlossenen Packungen verkauft werden. Verkäufer, die gegen diese Vorschrift verstoßen, haben Bestrafung zu gewärtigen.

Frankreich-Guthaben der ehem. Kriegsgefangenen. Die Arbeitsgemeinschaft der Vereinigungen ehemaliger Kriegsgefangener Deutschlands e. V. (abgekürzt: WGR.) stellt durch ihre Ortsgruppen Erhebungen unter denjenigen Personen an (oder ihren Erben), welche in französischer Gefangenschaft waren und seit ihrer Heimkehr ihren Wohnsitz oder ihre Wohnung wechselten. Diese völlig kostenlosen und unentgeltlichen Erhebungen dienen der Ergänzung bzw. Vervollständigung der Gutsabfertigung, auf Grund welcher abschließend die Auszahlung der Guthaben im letzten November vorgenommen werden. Auskunft in allen Fragen, welche die Kriegsgefangenenabteilung betreffen, erteilt der Vorstand der hiesigen Ortsgruppe der WGR, Kamerad Ludwig Carl, Bahnhofsstraße.

* Hüttenball. Wir machen unser Leser noch einmal auf das heute abend in der Weintraube stattfindende Vergnügen der Hüttenballer aufmerksam und empfehlen den Besuch sehr.

Goalmo. Die 2. Mannschaft des hiesigen Fußballclubs weite am vergangenen Sonntag in Bad Schmiedeberg, um gegen die dortige kombinierte Jugend-Herrenmannschaft das Hinspiel auszutragen. Die Goalmo konnten ihren Sieg vom 2:0 wiederholen.

Wittenberg. (Unfall) Als der Händler Schlichter aus Jüterbog gestern morgen gegen 10 Uhr mit seinem Fuhrwerk, hinter welchem er noch drei Pferde festgemacht hatte, die Tauenzienstraße entlang zum Pferdemarkt fuhr, kam entgegengehebt ein Motorradfahrer angefahren. In der Nähe des Motorradrades angekommen, schlug ein Pferd aus und gerade in das Motorrad hinein. Der Fahrer kam dadurch ins Schleudern und fuhr gegen einen Baum. Mit einem Armbruch mußte man den Bedauernswerten zum Arzt bringen.

Greppin. (Greppin erhält einen Staatskommissar.) Die Gemeindevertretung hatte sich kürzlich geneigt, die Veroppelung der Vierterter zu beschließen, obgleich deren Einführung notwendig gewesen wäre, um Mittel aus dem Sechs-Millionen-Fonds für bedrängte Städte und Gemeinden (mit großer Arbeitslosigkeit) zu erhalten. Nun hat der Landrat einen Staatskommissar in der Person des Kreisverwaltungs-Oberinspektors Rube-Wittenfeld bestellt. Welche Folgen die Einsetzung haben wird, werden die nächsten Tage ergeben.

Der Jagdunfall auf der Leipziger Höhe vor Gericht. Göttingen. Das Torgauer Schöffengericht tagte kürzlich in den Räumen des hiesigen Amtsgerichts und verhandelte über den Jagdunfall, der sich am 29. September vorigen Jahres auf der Leipziger Höhe ereignet hatte. Auf einer dort veranstalteten Jagd wurde der Buchhalter Paul Otto aus Leipzig durch einen Schrotschuß lebensgefährlich verletzt worden. Nicht weniger als 150 Schrotkugeln mußten auf operativem Weg aus der Brust des Verunglückten entfernt werden. Der verhängnisvolle Schuß soll von dem Leipziger Konditormeister Dümmlaff abgegeben worden sein, der jedoch behauptete, nicht er, sondern der Schloffer Schumann sei der unglückliche Schütze gewesen. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde aber Dümmlaff wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 500 Mark und wegen unbefugten Jagens zu 25 Mark Geldstrafe verurteilt.

Konflikt zwischen Lehrerhaft und Stadtratsfraktion. Rostock. Die von der Regierung in Merseburg angeordnete Einführung der hiesigen Volkshochschule hat von den Stadtratsmitgliedern abgelehnt worden, weil diese Maßnahme einen Eingriff in die Selbstverwaltung bedeute. Daraufhin ist es zwischen der deutschsozialistischen Stadtratsfraktion und der Lehrerschaft der Volkshochschule zu einem Konflikt gekommen, der auch ins Politische hineinzieht. Die politische Fraktion hat einen Teil der Volkshochschulfraktion den Vorwurf gemacht, sie stehe sich hinter die Sozialdemokratie auf. Auf diese Weise eine Förderung ihrer Wünsche auf Zuteilung der Schule zu erreichen. Jetzt hat die Lehrerschaft der Öffentlichkeit eine Erklärung übergeben, in der diese Angriffe als den Tatsachen widersprechend und auf falschen Informationen beruhend zurückgewiesen werden. Niemand hätte die Lehrer die Hilfe des sozialdemokratischen

Führers anrufen, und auch der Vorwurf, die Beherrschung hätte ein Interesse an der Schulleitung, sei unberechtigt. Auf die weitere Entwicklung der Dinge, deren Zulassung nicht ohne Einfluß auf den Unterricht sein dürfte, darf man gespannt sein.

Bad Schmiedeberg. Erbeschaft Munition. — Im Keller eines kürzlich nach Leipzig gezogenen Pfleisters wurden auf eine Anzeige u. a. 15 Schuß Infanteriemunition, 14 Schuß Revolvermunition (alten Kalibers) sowie eine dreiteilige Patronenfabrik gefunden. Die polizeilichen Ermittlungen sind im Gange.

Gewerkschaften im Anfratstall legen fällt.

Kohle. Die Gewerkschaften Kohle und Großwägen haben ihren Betrieb stillgelegt und 560 Bergarbeiter die Kündigung zum 12. März zugestellt. Nur 100 Mann der Bergarbeiter sollen nach mit Kohlearbeitern beschäftigt werden. Dies, das gesamte wirtschaftliche Leben schwer lähmende Maßnahme, wird auf Abstoßung zurückgeführt. Nur schwach ist der Trost der Verwahrung, daß später vielleicht zu einem kampagnemäßigen Betrieb übergegangen werden soll. Das Schachjau Nebra-Wiesche-Kohle hat seine Forderungen bereits eingeleitet.

Deutsche Bauausstellung 1931.

Mühlhausen. Die Industrie- und Handelskammer Mühlhausen weist darauf hin, daß der offizielle Anmeldeabschluß für die Deutsche Bauausstellung Berlin 1931 auf den 25. März d. J. festgelegt ist. Von den circa 60 000 Quadratmetern umfollenden Ausstellungshallen sind nur noch 2000 Quadratmeter frei. Von den 70 000 Quadratmeter umfollenden Ausstellungsgeländen sind nach 3000 Quadratmeter zu vergeben. 21 ausländische Staaten haben die Befestigung der Ausstellung zugeagt.

Nordhausen will ohne Notat auskommen.

Nordhausen. Entsprechend dem Magistratsvorschlag haben die Stadtverordneten beschlossen, das Stadtheater auch in der nächsten Spielzeit in händlicher Regie weiterzuführen und wieder einen Zuschuß von 76 000 Mark zu bewilligen, sowie den bisherigen Intendanten Heinz Huber wieder auf drei Jahre als Leiter des Theaters zu verpflichten. Auch die Gehegekonzerte sollen in händlicher Regie bleiben.

Die Genehmigung zum Notat wurde veragt. Wie man hört, sollen pflüchlich Zusichten beisehen, den neuen Haushaltplan ordnungsgemäß bis zum 1. April zu erledigen.

Wer will Landarbeiter werden?

Wshersleben. Den erwerbslosen Arbeitern und Arbeiterinnen, die im Sommer in der Landwirtschaft arbeiten wollen, ist Gelegenheit gegeben, ihre diesbezüglichen Wünsche zu äußern. Sie können sich zu diesem Zweck in Wshersleben in den einzelnen Gemeindebüros umringung Wsherslebens auflegen. Dadurch wird nicht nur die Arbeitslosigkeit bekämpft, sondern auch der Konkurrenz der ausländischen Arbeitskräfte entgegen getreten.

Sersberg. Von der Elterngesellschaft. Die Elterngesellschaft beschließt, auf dem rechten Ufer der Schwärzen Elster in nördlicher Richtung von Wshersberg bis zum Teich nach Radow eine Hochschuler-Schwärzen zu errichten. — Der Unterhaltsgesellschaft Schwärzen Elster im Kreise Schwärzen ist für die Anlage von Kunstweien eine Anleihe in Höhe von 25 000 M zu günstigen Zins- und Tilgungsbedingungen von der Deutschen Bodenkultur-Bau-Anleihegesellschaft in Berlin zur Verfügung gestellt worden.

Mersberg. Stilllegung. Der Betrieb der Maschinenfabrik Wilhelm Wegand wurde vorübergehend stillgelegt, da Aufträge nicht mehr vorliegen.

Inhalts Städtebund zum Arbeitslosenproblem.

Desam. Der Anhaltische Städtebund hielt hier seine Jahrestagung ab. Die Tagesordnung umschließt die Beratung des Arbeitslosenproblems und den Finanzplan der Regierungspräsidenten Paulius wies in seiner Ansprache darauf hin, daß die Regierung jederzeit befreit sei, den Gemeinden zu helfen, wo es nur irgend möglich ist. Die Verordnung der Regierung betreffend Gewerbesteuererhöhung sei im Interesse der Gemeinden notwendig gewesen. Sollten die Beiträgen auf Verhütung dieser Verordnung bzw. Befreiung der rückwirkenden Kraft der Erhöhung für das Jahr 1930 zum Erfolg begleitet sein, so würde sich die Last der Gemeinden beträchtlich steigern. Schließlich gab der Regierungspräsident noch bekannt, daß das Staatsministerium den notleidenden Gemeinden eine Million Mark zur Verfügung gestellt habe.

Am Schluß der Aussprache wurde einstimmig eine Entscheidung angenommen, in der die Regierung getroffenen Maßnahmen zur Bänderung der Not der Gemeinden als nicht ausreichend bezeichnet werden. Es wird gefordert, daß der Bezirksfürsorgeverbände eine eigene Einnahmequellen erschlossen werden. Weiter wird die Befreiung des § 26 der anhaltischen Ausführungsverordnung zur Kreisverordnung über die Fürsorgepflicht gefordert und für notwendig erklärt, daß die anhaltische Ausführungsverordnung zur Kreisverordnung über die Fürsorgepflicht einer Revision unterzogen und in Gelebesreform neu herausgebracht wird.

Der Widerstand gegen die Gewerbesteuererhöhung.

Bernburg. Die Arbeitsgemeinschaft für Handel, Handwerk und Gewerbe veranlaßte hier eine stark beleuchtete Broschüre gegen die Gewerbesteuererhöhung. Folgende Protestentscheidungen wurden angenommen: „Die in Bernburg verammelten Kaufleute, Handwerker und Gewerbetreibenden erheben einmütig schriftlichen Protest gegen die Erhöhung der anhaltischen Gewerbesteuer, die sie für ungesetzlich und angeht die zunehmenden Wirtschaftskrisis für untragbar halten. Sie fordern den anhaltischen Landtag auf, diese Erhöhungsverordnung alsbald wieder aufzuheben und erheben namens ihre Stimme vor weiteren ähnlichen Experimenten.“

Nordhausen. Entsprechend dem Magistratsvorschlag haben die Stadtverordneten beschlossen, das Stadtheater auch in der nächsten Spielzeit in händlicher Regie weiterzuführen und wieder einen Zuschuß von 76 000 Mark zu bewilligen, sowie den bisherigen Intendanten Heinz Huber wieder auf drei Jahre als Leiter des Theaters zu verpflichten. Auch die Gehegekonzerte sollen in händlicher Regie bleiben.

Die Genehmigung zum Notat wurde veragt. Wie man hört, sollen pflüchlich Zusichten beisehen, den neuen Haushaltplan ordnungsgemäß bis zum 1. April zu erledigen.

Keine Baugelder für eine neue Elbebrücke.

Magdeburg. Die Herrenbrücke über die Elbe, die vor mehr als 25 Jahren als hölzerner Holbau ausgeführt wurde, sollte sich wiederholt durch einen mehrfachen Bau erledigt werden. Seit Jahren liegen die Pläne hierfür bei der Tierbauverwaltung, doch scheiterte das Projekt bisher stets an der Kostenfrage, die eine Summe von 2,6 Millionen Mark vorstelt. Wie nicht anders zu erwarten, wurde auch in der letzten Sitzung der Baudeputation von Stadtbaurat Götsch mitgeteilt, daß eine Finanzierung dieses Baues ebenso wie andere dringender Bauvorhaben zur Zeit nicht möglich sei, da die Stadt für Baugelder aufrufen kann, in erster Linie für Industrieleistungen und für den Bau des Grundwasserwerks benötigt werden.

Vermieterpfandrecht und Pfändung.

(Von Justizberater Karl Klinge in Eilenburg.)

Durch das Vermieterpfandrecht erlangt der Vermieter eines Grundstücks, eines Wohnraumes oder anderen Raumes für seine Forderungen aus dem Mietverhältnis ein Pfandrecht an den eingebrachten Sachen des Mieters.

Dieses Vermieterpfandrecht ist zwar infolge der Wohnzwangswirtschaft, da die Mieter die Zwangsmiete zahlen oder, wenn sie nicht zahlen, zur Räumung verurteilt werden, in den letzten Jahren selten geltend gemacht worden. Jedoch nach Voderung der Zwangswirtschaft für die besonders hohen Mieten, sowie infolge der neueren Neubauwohnungen und der herrschenden Wirtschaftskrisis mehren sich in neuester Zeit die Fälle, in denen Vermieter ihr Pfandrecht bedroht sehen.

Ein in der Praxis immer wieder vorkommender Fall: Der Mieter A, ein Kaufmann, ist in seinem Geschäft in Zahlungsschwierigkeiten geraten, die Zwangsvollstreckungen gegen ihn häufen sich, schon hat der Gerichtsvollzieher in seiner Wohnung wertvolle Einrichtungsgegenstände gepfändet und den Versteigerungstermin festgelegt. A ist auch seinem Hauswirt für längere Zeit Miete schuldig. In diesen Fällen glaubt nun der Hauswirt (Vermieter), er könne sein Vermieterpfandrecht einfach dadurch geltend machen, daß er der Entfernung der Sachen durch den Gerichtsvollzieher aus dem Grundstück widerpricht.

Diese Ansicht ist falsch, denn es stehen sich hier das kraft Gesetzes entfallende Vermieterpfandrecht und das sogenannte Pfändungspfandrecht (also das durch Pfändung des Gerichtsvollziehers entfallende Pfandrecht) gegenüber. In diesem Falle regelt die Zivilprozessordnung in § 805 die Vorkommnisse des früher entfallenden Pfandrechts des Vermieters. Sie sagt, daß einer solchen Pfändung in das bewegliche Vermögen ein Dritter (in unserem Falle der Vermieter), wenn er sich nicht in dem Besitz der Sachen befindet, nicht widerprechen kann. Aber: er kann seinen Anspruch auf vorzugsweise Befriedigung aus dem Erlöse der Sachen im Wege der Klage geltend machen, und zwar gemäß den §§ 559, 563 BGB in Höhe des Mietzinses für das laufende und folgende Mietjahr.

Die nach der Zivilprozessordnung verlangte Klage ist notwendig. Das Vermieterpfandrecht darf, wenn der Mieter andere Gläubiger hat, die wegen ausgefallener Forderungen bei ihm pfänden lassen, nicht so weit ausgedehnt werden, daß nur der Vermieter der weiteren Durchführung der Pfändung widerprechen könnte. Denn wenn Vermieter und Mieter einig wären, dann könnte die übrigen Gläubiger des Mieters in diesen Fällen ihre Ansprüche niemals so weit durchführen, daß sie zu ihrem Gelde kämen.

Die Klage auf vorzugsweise Befriedigung ist bei dem Vollstreckungsgericht, und wenn der Streitgegenstand 500 Reichsmark übersteigt, bei dem zuständigen Landgericht zu erheben. Vollstreckungsgericht ist immer das Amtsgericht, in dessen Bezirk das Vollstreckungsverfahren stattfindet. Wenn der Anspruch glaubhaft gemacht wird, z. B. durch Vorlegung des Mietvertrages, Pfändungsprotokolls und eidesstattlicher Versicherungen, so ordnet das Gericht die Hinterlegung des Erlöses an.

Der Gerichtsvollzieher, der die Zwangsvollstreckung durchführt, wird den Erlös bei dem zuständigen Amtsgericht hinterlegen. Wenn nun eine gültige Einigung mit den beteiligten Gläubigern nicht möglich ist, muß der Vermieter ein Urteil auf vorzugsweise Befriedigung aus dem Versteigerungserlöse erstreiten. Und nach Rechtskraft dieses Urteils wird ihm der festgestellte Betrag nach Anweisung der Hinterlegungsstelle von der Gerichtsstelle gezahlt.

In der Kontursache über das Vermögen des Schneidmeisters **Otto Arendt in Trebitz** soll die Verteilung des verfügbaren Massebestandes erfolgen. Die bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen betragen 17 787,65 M. Der zur Verteilung verfügbare Massebestand beträgt 2668,15 M.
Bad Schmiedeberg (Bez. Halle), den 9. März 1931
Mag Becker, Kontursverwalter

Achtung
Besitzer von Hochfrequenz-Sellgeräten, Fönapparaten usw.
Durch Beschwerden von Rundfunkhören und Untersuchungen der Rundfunkbenutzergesellschaft ist festgestellt worden, daß in Remberg die Wellen oberbezeichnete Geräte bei Zubetriebnahme dieser den Rundfunkempfang empfindlich hören.
Benutzt die Geräte nicht in den Hauptfunkzeiten, das sind die Zeiten an den Werktagen von 12-15, 16-19 und 20-23, sowie Sonntags und Feiertagen von 10-23 Uhr!
Schafft endgültig Abhilfe durch Einbau eines Störungschutzes! Wendet Euch an Euren Installateur!
Rundfunklösung ist nach § 862 BGB Verzinsung!
Der Besitzer kann auf Unterlassung der Störung klagen!
Die Rundfunkgesellschaft

1000 Mark Rechtsrat
von kurz entschlossenem Interessenten gegen fölle Verletzung für Kostengünstig geteilt. 36%, Gewinnteilung. Monatliche Anzahlung. Off. unter **M 8 100** an die Geschäftsstelle d. Ztg. erdieren

Prozesssachen (Amts- u. Landgericht) Kaufverträge, Testamente, Steuerliche Vermögenssteuer) **K. Lehmann**, Gerichtsreferendar a. D. und öffentl. angeht. Verfertiger Weinbergstraße 8

Volkswohl-Loose
für soziale und kulturelle Zwecke
Ziehung: 15. bis 22. April
Gewinne im Werte von 430 000 M.
2 Hauptgewinne Zwei: vollständig eingerichtete Landhäuser im Werte von je 50 000 M.
2 Prämien Zwei Landhäuser im Werte von je 25 000 M.
2 Hauptgewinne: Zwei Landhäuser im Werte von je 20 000 M.
Auf Wunsch 90% in bar
Einzellos 1.— Mk. — Doppellos 2.— Mk.
Zu haben bei
Richard Arnold, Buchhandlung, Leipziger Straße 64/65 und Markt 3

Frohe Botschaft für die Hausfrau!

EXTRABIATT!

Lanella

Bald kommt

Lanella

SN-126

Gewerkschaften im Lausitzkohl legen Fall.

Kohlebau. Die Gewerkschaften Kohlebau und Brodwagen haben ihren Betrieb stillgelegt und 560 Bergarbeiter die Kündigung zum 12. März angefordert. Nur 100 Mann der Belegschaft sollen noch mit Kohlarbeiten beschäftigt werden. Diese, das gesamte wirtschaftliche Leben schwer schädigende Maßnahme, wird auf Abkündigung zurückgeführt. Nur langsam ist der Trost der Bernalmung, daß später vielleicht zu einem tagelohnmäßigen Betrieb übergegangen werden soll. Das Schicksal des Westbier-Kohlebaus hat seine Fahren bereits eingestellt.

Keine Baugelder für eine neue Elbebrücke.

Magdeburg. Die Herrntugbrücke über die Elbe, die vor mehr als 25 Jahren als hölzerner Neubau ausgesetzt wurde, sollte schon wiederholt durch einen in Eisenbau ersetzt werden. Seit Jahren liegen die Pläne hierfür bei der Tierbauverwaltung, doch scheiterte das Projekt bisher stets an der Kostenfrage, die eine Summe von 2,6 Millionen Mark vorsieht. Wie nicht anders zu erwarten, wurde auch in der letzten Sitzung der Baudeputation von Stadtbaurat Götlich mitgeteilt, daß eine Finanzierung dieses Baues ebenso wie anderer dringender Bauvorhaben zur Zeit nicht möglich ist, da die Baudeputation für Bauausgaben aufrufen kann in erster Linie für Industrieleistungen und für den Bau des Grundwasserwerks benötigt werden.

Verhandlung am 24. März

Leipzig. Der Termin zur Verhandlung vor dem Reichsbahngericht in der Angelegenheit gegen die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft ist auf den 24. März anberaumt worden. Es handelt sich um die Streitfrage, ob die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft befugt ist, ohne Zustimmung des Landes Sachsen einen Teil der nordwestlichen sächsischen Strecken des Leipziger Bezirkes in den Eisenbahndirektionsbezirk Halle a. S. einzuzwängen. Die Verhandlung wird im Reichsgericht stattfinden unter Vorsitz des Präsidenten Rathenow. 1. Vorsitzend des Reichsgerichts und unter Mitwirkung zweier von den Parteien bestellten Vertreter.

Deutsche Bauausstellung 1931.

Mühlhausen. Die Industrie- und Handelskammer Mühlhausen weist darauf hin, daß der offizielle Anmeldeschluß für die Deutsche Bauausstellung Berlin 1931 auf den 25. März d. J. festgelegt ist. Von den circa 60 000 Quadratmetern ungenutzten Ausstellungsflächen sind nur noch 2000 Quadratmeter frei. Von den 70 000 Quadratmetern ungenutzten Ausstellungsflächen sind noch 3000 Quadratmeter zu vergeben. 21 ausländische Staaten haben die Befreiung der Ausstellung zugelagt.

Ist Streikpostenaufstellung zulässig?

Bautzen. Die Vereinigten Lausitzer Glaswerke in Rammers hatten anlässlich eines Tarifstreiks durch das Bautzener Landgericht eine einseitige Verfügung gegen drei Angestellte des Fabrikarbeiterverbandes und den Betriebsvorstehenden erwidert, in der es ihnen unterlag wurde, Streikposten aufzustellen, um Arbeitsunfälle mit Gewalt oder durch Verhinderung am Betreiben des Betriebes zu verhindern. Mit dem Vergehen eingeleitet Einspruch hatte sich nunmehr das Arbeitsgericht Bautzen zu beschäftigen. Das Gericht hob die einseitige Verfügung auf mit der Begründung, daß unerlaubte Maßnahmen anlässlich des Arbeitskampfes weder durch die Verbandsangehörigen, noch durch die Streikleitung vorgenommen worden seien.

Ringleben (Krafftäuler). Tabakbau im Unstrutal. Der schon früher betriebene Tabakbau soll in diesem Jahre in der hiesigen Gegend wieder aufgenommen werden. Inwieweit Morgen Land mehr von einer Tabakfabrik bebaut, während der Umfang des Anbaues einer zweiten Firma noch nicht bekannt ist.

Coswig. Hochwasser behindert den Ebbuchschiff. Infolge des herrschenden Hochwassers mußten die Arbeiten am Ebbuchschiff eingestellt werden. Das Hochwasser kam so plötzlich, daß einige Arbeiter mit dem Motorboot in Sicherheit gebracht werden mußten. Die Geräte sind unter Wasser gelassen. Sobald die Verhältnisse es irgend gestatten, werden die Arbeiten wiederaufgenommen werden.

Kohlaue (Elbe). Weitere Betriebsbeschränkungen. — Die Gebrüder Enghenauer A.-G., die schon im vorigen Jahr eine starke Einschränkung ihrer Betriebe vorgenommen hatte, hat ihre Produktion noch weiter abgedrosselt. Als Grund hierfür gibt die Verwaltung unzureichende Preise und Auftragsmangel an. Diese Produktionsverminderung soll bis zum Eintritt besserer Zeiten in Kraft bleiben.

Wirtschaftlicher Wochenbericht

mitgeteilt von der Mitteldeutschen Landesbank, Magdeburg, durch die Stadtkasse zu Remberg.

Nach dem Umlaufumsatz der Reichsbank vom 28. Februar 1931 ist die gesamte Kapitalanlage der Bank um 745,2 Mill. RM, auf 2458,5 Mill. RM, angelegen. Der Umlauf an Reichsbanknoten erhöhte sich um 729,8 Mill. RM, auf 4428,0 Mill. RM. Die Deckung der Noten durch Gold allein verminderte sich um 61,2% in der Periode auf 1,6%, die übrige durch Gold und bedienungsfähige Devisen von 65,3% auf 55,3%.

Nach den neuesten Berichten der Industrie- und Handelskammer weist die allgemeine Wirtschaftslage noch keine bestimmten Anzeichen für die Befreiung auf, namentlich die nachgehende Widerstandsfähigkeit der Werke eine zweifelhafte Beurteilung der

künftigen Entwicklung erkennen läßt. Einmitten dauert die Expansion in den meisten Industrie- und Gewerbebetrieben unverändert an. Nur in der Textilindustrie zeigt sich mehrheitlich teilweise eine Belebung, die nicht allein auf saisonmäßige Einflüsse zurückzuführen ist.

Auf den Seidtag des 26. d. M. berechnete Großhandelsindex des Statistischen Reichsamtes beträgt 114,2 gegen 114,0 am 18. d. ds. M. Die Reichsindex für die Lebensmittelgüter betrug für den Februardurchschnitt 138,8 gegenüber 140,4 im Januar.

Dem Arbeitsmarkt drohen aus verschiedenen Industriezweigen weitere Befreiungen. Allerdings mehren sich gleichzeitig die Beschränkungen, dem weiteren Anwachsen der Arbeitslosigkeit werden besondere Vorbereitungen über Lohn und Arbeitszeit Einhalt zu gebieten.

An der Börse konnte sich die Befestigung des Aktienmarktes fortsetzen. Auch an den heimischen Rentenmärkten dauerte die feste Tendenz an.

Am Geldmarkt war Tagesgeld noch gefragt. Der Privatbistant für beide Sichten beträgt nach wie vor 4 1/2%.

Vom Arbeitsmarkt

Der Anstieg der Zahl der Arbeitsuchenden ist im Landesarbeitsamtsbezirk Mitteldeutschland in der zweiten Hälfte des Monats Februar zum Stillstand gekommen. Begünstigt durch die offene Witterung, machte sich in der Landwirtschaft, im Baugewerbe, in der Industrie der Steine und Erden und der Gruppe der Ungelernten eine leichte Belebung bemerkbar, ebenso im Befreiungsgewerbe. Durch den weiteren Rückruf von 1689 Arbeitern und Arbeiterinnen des Tabakgewerbes und durch die Aufnahmebereitschaft einzelner Schmelzfabriken war im Glas- und Genußmittelgewerbe ein Rückgang von 1799 Arbeitsuchenden eingetreten. Einen geringen Zugang an Arbeitsuchenden hatte die chemische Industrie, die Kalininindustrie und das Metallgewerbe zu verzeichnen.

Während am 15. Februar 458 085 Arbeitsuchende den mitteldeutschen Arbeitsmarkt belasteten, wurden am 28. Februar 458 141 Personen gezählt. Von diesen Arbeitsuchenden erzielten 244 486 Arbeitslosenunterstützung.

Kirchliche Nachrichten.

Rotta.

Heute Mittwoch abend 7 1/2 Uhr Passionsandacht in der Schule.

Remberg.

Freitag, den 13. März, abends 8 Uhr, **Bibelstunde** im Archidionat. Zu zahlreichem Besuche ladet herzlich ein Pfarrer Ahms.

Billige Strümpfe

Durch sehr große Abschlässe zusammen mit über 1000 Knäuhäuten und Geldschätzen bei allerersten Strumpfabriken in Chemnitz bin ich in der Lage, die bekannnten u. bewährten

D. C. B.-Strümpfe

besonders preiswert und billig anzubieten. Dieses vorteilhafte Angebot empfehle ich dringend Ihrer Beachtung

- Prima Wäschebeide Mk. 1,—
- Waco-Strumpf, schwarz u. farbig Mk. 1,— 0,75
- Herrschwehsocke Mk. 0,50
- Herrnsocke mit Seidenessetten Mk. 0,50
- Herrnsocke, prima Seidenfior Mk. 1,—

Strumpfgarn und Handarbeitswolle zu niedrigsten Tagespreisen



Otto Wildau :: Remberg
Manufaktur-, Putz- und Modewarenhaus

Morgen Donnerstag von 1 Uhr an
frische Schaum- und Fastenbrezeln
Bäckerei Matthes

Morgen Donnerstag ab 2 Uhr
frische Fasten- u. Schaumbrezeln
O. Herrmann, Bäckerei

4 Zimmer-Wohnung zu vermieten, sowie einen **Konfirmanden-Anzug** zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Jungen Zughund fauft **Lampert, Reuden**

Kostenanschlag-Formulare empfiehlt ab Lager **Rich. Arnold.**

Zahn-Atelier
Fr. Genzel
Dentist.
Vollst. schmerzlindeutes Zahnziehen
Plombieren in Gold, Silber und Kupferamalgal
Anfertigung künstlicher Zähne in Kunstharz, Gold u. unedten Metallen, sowie Kronen, Brückenarbeiten und Stützähne.
Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Boesie-Alben empfiehlt in reicher Auswahl **Richard Arnold**

Prima junges frisches fettes Hammelfleisch

fr. Flecke u. Leber **Rich. Kaufmann Nachf.** empfindet **Ing. Heinrich Schneider**

Verkaufe von Freitag früh ab prima hausgeschlachte Blut- u. Leberwurst
Pfund 90 Pfg.

Schweinefleisch
Pfund 90 Pfg

Rüdenfett u. Schmeer
Pfund 75 Pfg.

Schinken z. Einpökeln
Pfund 90 Pfg.

Alfred Bachmann
Leipziger Straße 37

Berpfunde von Freitag 4 Uhr ab **ein Schwein**

Fleisch und Wurst 80 Pfg. Bestellungen nimmt bis Donnerstagabend entgegen

Hans Selling Dafeiselt sind einige **Fuhren Dung** zu verkaufen.

M.-T.-V. Morgen Donnerstag, abends 8 Uhr im Vereinslokal (Hotel Palmbaum)

Zunratsitzung Pünktliches Erscheinen aller Zunratsmitglieder erwünscht **Der Vorstand**

Reitsport - Verein Donnerstag, den 12. März, abends 8 Uhr im Reitseller

Bersammlung Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand**

Schützenhaus Sonnabend

Nacht - Schlachtfest

Hotel „Blauer Hecht“

Sonntag, den 15. März, abends 7 1/2 Uhr **Gastspiel des Stadttheaters Wittenberg**
Direktion: Moje van Malten
Der große Sensationserfolg

Katharina Knie

Aus dem Leben der Seiltänzer
Volksstück mit Musik in 4 Akten von Carl Zuckmayer
Regie: Oberpielleiter Jvo Becker
Preise der Plätze: 1,50 M. (num.), 1,— M., 80 Pf.
Vorverkauf **Buchhandlung Arnold**

Achtung! Achtung!

Empfehlen ab morgen **Schweinefleisch**

Pfund 80 und 90 Pfg., ohne Beilage **Blut- und Leberwurst**

Pfund 80 Pfg. **Gehacktes** Pfund 1,— RM

Schmeer Pfund 70 Pfg. **Schinken z. Einpökeln**

Pfund 85 Pfg. **Ewald Ballmann, Willi Heilmann, Heinrich Schneider**

Konfirmations-Karten

auch an Wiederverkäufer empfiehlt in reicher Auswahl **Richard Arnold**

Hühneraugen beseitigt schnell und sicher **Kukirol**
Kleine Packung 40 Pfg. Original-Packung mit der doppelten Menge und 1 Grats-Probe Kultur-Fußbade-Salz im Werte von 20 Pfg., nur 75 Pfg.

Kukirol-Verkaufsstelle: Löwen-Apothek Karl Eibe.

Verwaltungsbericht der Stadt Kemberg

auf das Jahr 1930. Fortsetzung.

Von Hausbränden blieb die Stadt verschont. Am 16. September, mittags brach in dem südlichen Walplan Enge (an der Straße Kemberg-Süßhof) ein Brand aus, der schnell gelöscht wurde.

Bei hiesigen Geschäftsläden wurden 13 Nahrungsmittelproben und in der Molkerei 6 Milchproben entnommen und an das chemische Untersuchungsamt der Universität Halle eingesandt. Außerdem wurden zu einer außerordentlichen Untersuchung am 2. Juni und 14. Oktober von jedem einzelnen Milchlieferanten der Molkerei Milchproben entnommen und dem Untersuchungsamt Halle überandt. Wesentliche Beanstandungen ergaben sich nicht. Auf Eruchen des Magistrats übernahm der Kreisgesundheitsrat die Kosten der Nahrungsmittel-Untersuchung in Höhe von 180,74 RM.

Die Vadeanstalt besuchten 2075 Erwachsene (1929 = 2135) und 1745 Kinder (1929 = 2243). Den Kindern wurden zahlreiche Freibadstage gewährt. Am 1. Oktober ist mit Herrn Stadtmühlensberger Jaedel ein neuer Pachtvertrag über den Stadtmühlenteich auf 25 Jahre abgeschlossen worden. Die Verbessehung der Vadeanstalt durch Schließung des Teiches usw. ist begonnen und wird vor Beginn der Badezeit durchgeführt.

Die Schulförderuntersuchungen fanden in der bisherigen Weise statt. Es werden durch den Kreisförderer auf Kosten des Kreises ausgeführt.

Vom 7. bis 10. Mai fand im Blauen Saal eine Ausstellung für hygienische Volksbelehrung statt, die 1450 Personen besuchten.

Es wurden 30 landwirtschaftliche und 11 gewerbliche Unfälle (fast nur leichter Art), zusammen 41 gemeldet und unterlagert (1929 = 68).

An ansteckenden Krankheiten kamen 10 Fälle von Scharlach, 2 Fälle von Lungentuberkulose und 1 Fall von Typhus vor.

Auf der Freibank wurden 4 Rinder und 8 Schweine verpfundet.

6. Straßen, Bauten und Verkehr.

Im allgemeinen muß immer wieder gesagt werden, daß die Gemeinden garnicht mehr in der Lage sind, die durch den täglich zunehmenden Autoverkehr statt steigenden Straßenunterhaltungskosten in dem bisherigen Umfang weiter zu tragen. Diese Lasten müssen auf breitere Schultern gelegt werden (Staat, Provinz, Kreis).

Die Stadt mußte sich auf Ausbesserungen ihres Straßennetzes beschränken. Insbesondere wurde an der Bergwitz- und an der Wittenberger Straße gearbeitet. An der Schmiedberger und Dübener Straße sind durch Ausfüllung der Gräben Fußwege angelegt worden. Die Provinzialstraße Gungitz-Kemberg wurde neugestaltet ausgebaut.

Da die Stadt Kemberg von der Haupt-Autofahrt Berlin-Leipzig-Minden berührt wird, soll eine Umgehungsstraße gebaut werden. In dieser Sache fanden mehrfach Verhandlungen mit dem Landesbauamt Wittenberg und seine Festsetzung durch den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung statt. Die Stadterweiterung ist sich darüber einig, daß die Straße so nahe wie möglich an der Stadt gelegt werden soll. Die Kosten sind vorläufig mit rund 150000 RM veranschlagt. Die Stadt soll den Bau auf eigenem Risiko ausführen und von der Provinz und dem Kreise mit Beihilfen unterstützt werden. Die Verhandlungen über das Projekt und seine Finanzierung sind noch im Gange.

Den Bemühungen des Magistrats gelang es, für den Bau der Hauptgabelbrücke nachträglich eine Beihilfe von 762 RM vom Kreisgesundheitsrat zu erlangen (1/3 der Kosten).

Die Stadt baute eine Kanalisation für die Abwässer des Rathauses. Es kostete 3168,59 RM. Die Anbringung neuer Straßenschilde in Emaille wurde durchgeführt, die Anbringung einheitlicher Hausnummern aus Emaille befestigt. Die nötigen Feststellungen dazu sind jetzt beendet, sodas die Nummern in Kürze beschafft werden können. Ebenso ist die Aufstellung von Anschlagssäulen in Aussicht genommen.

An Bauten wurden errichtet: 8 Wohnhäuser, 1 Schlachthaus, 1 Wirtschaftsgelände, 6 Ställe, 3 Garagen und 5 Schuppen. Ein baufälliges Wohnhaus (Höle, Leipziger Neumarkt 1) wurde abgebrochen. Für 4 Häuser vermittelte der Magistrat 18000 RM Hauszinssteuer-Hypotheken. Es sind 14 Neubauwohnungen errichtet worden.

Der Hausbesitzerverein beantragte beim Kreisgesundheitsrat die Bewilligung von Darlehen aus der Hauszinssteuer zur Erhaltung der Altimwohnungen. Dieser Antrag hat der Magistrat unterstützt. Er liegt zur Zeit noch dem Kreisgesundheitsrat vor.

Die Bahn Bergwitz-Kemberg beförderte 32201 Personen (1929 = 42240). Die Fahrgeldernahme betrug 10891,25 RM (1929 = 12405 RM). Im Güterverkehr wurden 256577 t befördert (1929 = 339904 t). Die Frachten dafür ergaben 89907 RM (1929 = 107980 RM). Der Rückgang im Personenverkehr ist auf die neu eingerichtete Postautoverbindung Wittenberg-Kemberg zurückzuführen, der Rückgang im Güterverkehr auf technische Veränderungen im Braunkohlewerk Bergwitz. Es gelang wieder, die Verteilung einer Dividende von 1 1/2 % = 1485 RM zu erreichen (1929 = 1 1/2 %, 1928 = 3 %, 1927 = 2 %). Die Stadt ist an der Bahn mit einem Stammkapital von 99000 Goldmark beteiligt.

Das große Waldgebiet unserer Gegend kann dem Wanderer, dem Erholungsliebenden weit mehr Natur Schönheiten bieten, wenn die Heide planmäßig erschlossen wird. Das kann geschehen durch Verbesserung der Verkehrsmitel, der Verkehrswege, Anbringung von Wegweisern und Wegmarkierungen nach einheitlichem Plane und durch zielbewusste Verkehrserweiterung. Damit wird gleichzeitig auch der Fremden- und Sommerfrischlerverkehr in den am Rande der Heide liegenden Dörfern gehoben. Der Nutzen dieser Bestrebungen ist klar. Er kommt nicht nur dem Einzelnen, sondern vor allem den Geschäften zugute. Der Magistrat arbeitet schon seit Jahren an der Verwirklichung dieser Gedanken. Die unglückliche Zeit (vor allem die Kriegsergebnisse) ließen aber bisher noch nicht die richtigen Schritte ausfallen. 1930 ist ein großer Schritt in dieser Richtung gemacht worden durch Gründung eines Heidevereins. Er wurde am 11. September ins Leben gerufen. Bis jetzt haben sich ihm 112 Mitglieder angeschlossen. Aber noch viele müßten Mitglied werden; jeder Geschäftsmann, überhaupt jeder Bürger, dem der Fortschritt unserer Stadt am Herzen liegt. Auch in den übrigen Heideorten (Düben, Gärdenhainichen, Jähnitz, Dornitzsch, Bad Schmiedberg und Brehm) sind Heidevereine ins Leben gerufen worden. Sämtliche Ortsvereine haben sich zu einem Hauptverein zusammengeschlossen. Er führt den Namen „Verein Dübener Heide“ und hat seinen Sitz in Düben. Mit der Arbeit geht es vorwärts. Im Herbst 1931 ist ein Heidefest geplant. Es soll auf Einladung des Magistrats in unserer Stadt stattfinden.

Der Ausschuss für Stadterweiterung schrieb den 12. Wettbewerb für Fensterblumenstand aus. Er brachte wieder viele gute Leistungen, über deren Auszeichnung im Frühjahr Mitteilung gegeben wird.

7. Statistik und Wahlen.

Die Einwohnerzahl betrug am Jahreschlusse 2524 (Ende 1929 = 2515).

Am 3. Juni fand eine Ermittlung der Anbauflächen statt, die folgenden Ergebnis hatte: 1070 ha Ackerland, 310 ha Weiden, 5 ha Obstanlagen, 36 ha Gartenland, 698 ha Forsten und Holzungen, 45 ha Haus- und Hofraum, 18 ha Oed- und Unland, 87 ha Wege, Friedhof, Sportplatz, Gewässer, zusammen 2269 ha. Von Ackerland waren bebaut: 170 ha mit Weizen, 269 ha Roggen, 61 ha Gerste, 224 ha Hafer, 2 ha Getreidemenge, 2 ha Erbsen, 14 ha Wicken, 1 ha Lupinen, 12 ha Gemenge, 218 ha Kartoffeln, 1 ha Zuckerrüben, 62 ha Futterrüben, 3 ha Mohrrüben, 3 ha Gurken, Spargel, Gemüse, 29 ha Klei, 1 ha Luzerne, 4 ha Bracke.

Es erfolgten 3 Schweinezahlungen und 1 allgemeine Viehzahlung. Die letzte Schweinezahlung am 1. September ergab in 233 Viehhaltungen: 255 Ferkel, 593 Käufer, 3 Züchter, 293 Jucht-, Futter- und Mastschweine. Bei der Viehzahlung am 1. Dezember wurden in 406 Viehhaltungen festgestellt: 179 Ferkel (1929 = 181, 1928 = 189), 93 Käber, 8 Bullen und Ochsen, 788 Milch Kühe und Färren, 159 Jungkünder, 2 Schafe, 1090 Schweine (1929 = 841, 1928 = 986), 327 Ziegen und Ziegenböcke (1929 = 334, 783 Kaninchen (1929 = 567, 1928 = 407), 6095 Gänse, Enten und Hühner, 121 Bienensittler (1929 = 121, 1928 = 89, 1927 = 72).

Auf den 8 Viehmärkten waren zum Verkauf gefüllt: 14 Käufer (1929 = 4) und 1714 Ferkel (1929 = 1711). 2 Viehmärkte mußten wegen der in verschiedenen Nachbarorten ausgedehnten Maul- und Klauenseuche ausfallen. Bei der Viechtagessnahe am 14. September wurden abgegeben: 164 Stämme für die Sozialdemokratische Partei, 66 für die Deutschnationale Volkspartei, 4 für das Zentrum, 282 für die kommunistische Partei, 78 für die deutsche Volkspartei, 48 für deutsche Staatspartei, 224 für die Mittelstandspartei, 448 für die Nationalsozialisten, 19 für die Völkische Partei, 72 für die Landvolkpartei, 15 für die christl. Sozialen Volksbund, 5 für die Konf. Volkspartei, 26 für den christl. Sozialen Volksbund, 5 für den Freund des Handwerks, Kleinhandels u. Gewerbes, 5 für die Haus- und Grundbesitzer-Partei, 1 für die deutsche Einheitspartei, 1 für die Volksrechtspartei, zusammen 1461 Stämme. Der Bürgermeister wurde wieder in den Kreisgesundheitsrat und außerdem zum Kreisgesundheitsrat gewählt. Herr Senator Bergwitz wurde als Abgeordneter für das Deichamt wiedergewählt. Sein Stellvertreter ist Herr Landwirt Widgrube-Gabis.

8. Ständesamt.

Es sind zu verheirathen: 57 Geburten (1929 = 53, 1928 = 45, 1927 = 31, 1839 = 91), 19 Aufgebotsverhandlungen (1929 = 33, 1928 = 24, 1927 = 20, 1830 = 23), 18 Eheschließungen (1929 = 35, 1928 = 25, 1927 = 21, 1830 = 18), 28 Sterbefälle (1929 = 36, 1928 = 31, 1927 = 21, 1830 = 82). Außerdem starben 9 Kemberger auswärtig (1929 = 9).

Die Zahl der ausgestellten standesamtlichen Urkunden belief sich auf 292 (1929 = 283, 1928 = 252).

Schluss folgt.

Bücher- und Zeitschriftenkauf.

„Bücher das Schatzhaus in der Friedehöhe!“ In einer an allerlei Beobachtungen reichen Klaunder des Magarthes von **Belaghen & Klafings Monatsheften** streift Hans-Galper von Jobelung und die wichtige Frage, wie sich die Spieler zueinander verhalten sollen: „Bridge heißt Glück — die Brücke, die von Partner zu Partner geschlagen wird: beim Reizen und beim Spiel. Vergleiche die Brücke, die mit dem Gewinn ausbleiben. Darin liegt eine Gefahr. Nichts ist schlimmer, als wenn zwei Partner sich sagen: „wir verstehen uns heute nicht!“ Verwunderung soll weit es aber, wenn sie beginnen, sich Vorwürfe zu machen: „aber wie konnten Sie nur Zerst anfragen?“ — „aber warum konnten Sie mir nicht einmal Ihr Herz?“ — „aber wie konnten Sie mir nicht einmal Bist?“ Diese Partner der Brücke gehören in die Friedehöhe, dort sollen sie mit denen spielen, die alles nur mit ihrer eigenen Stärke machen wollen und ihrem Partner nie etwas im Blatt vertrauen, und mit denen, die sich nie aufhören können, die Brücke fertig rechtzeitig abzugeben, die sie doch abgeben müssen. — Dieses Bridge wird leise, ohne Vorwürfe und ohne „Rechenreden“ gespielt. Ihr Meister dürfen sich Beziehungen erlauben; aber sie gerade verteilten ihre Karten unter sich stellen!“

UNSICHTBARE FESSELN

Roman von Jos. Schade-Hädicke.

3. Fortsetzung. (Nachdruck verboten).

Die junge Frau kam dem Pastor lebhaft entgegen. „Es gibt etwas Neues, Herr Pfarrer, raten Sie einmal, was!“

„Nun, hoffentlich etwas Angenehmes für Sie.“ lächelte er.

„Nichtig geraten, Herr Pfarrer. Ich bekomme Besuch von einer lieben Freundin. Sie ist eigentlich wohl die einzige, die ich je gehört habe.“ fügte sie nachdenklich hinzu.

„Das freut mich für Sie.“ entgegnete er herzlich. „Sie sind wirklich bisher etwas einlam hier gewesen.“

„Ja, und dabei wird einem noch jedes Bequignis mißgönnt; nicht einmal reiten soll ich mehr.“ Sie wart schmolend die Oberlippe auf.

„Wenn Ihr Gatte Sie bittet, diesen Sport aufzugeben, so ist es doch wohl nur die Befolgen, daß er Ihnen schädlich sein könnte.“ erwiderte er freundlich beruhigend auf ihre Klage.

„Befolgen?“ lachte sie spöttlich. „Gott erhalte Ihnen Ihr kindlich-harmloses Gemüt!“

„Amen.“ lachte der Pfarrer, ohne jede Spur von Empfindlichkeit. „Das ist wirklich ein guter Wunsch, gnädige Frau. Und wann erwarten Sie Ihre Freundin?“

„Sie jetzt habe ich sie erst eingeladen, doch hoffe ich, daß sie nicht allzu lange auf sich warten lassen wird.“

„Dann wünsche ich Ihnen, daß sich Ihre Hoffnung bald erfüllen möge. Doch nun muß ich wirklich gehen; die Bücherei ruft und — meine Straße habe ich doch wohl nun abgehüht?“

„War die Büge denn so schwer?“ lächelte Frau Ilse fletsch.

„Ich werde mich hüten, Ihnen darauf zu antworten.“ lachte Pastor Krufus höflich, „damit Sie mich meiner verunglückten Komplimente wegen wieder auslassen.“

Er schüttelte die Hand der jungen Frau herzlich und wandte sich zum Gehen. Ueber das Gitter hinter ihm winkte er ihr noch einen Gruß zu und schritt dann die Straße hinab.

Frau Ilse lag ihm mit einem Lächeln auf den Lippen nach und schüttelte sich dann vor der immer größer werdenden Hitze in den kühlen Schatten des Hauses.

II.

Es war acht Tage später, um die Mittagszeit. Landrat von Berner saß in seinem Arbeitszimmer zwischen Altentischen vergraben. In dem hohen, getöfelten Raume herrschte grünes Dämmerlicht. Die Fenster und Salonsen waren fest geschlossen, um die draußen blühende Hitze festzuhalten. Der Landrat hatte den Kopf ausgezogen und neigte ab und zu die trocknen Lippen aus dem Nömergleise, das vor ihm auf dem Schreibtische stand.

Von keiner Arbeit aufstehend, zündete er die Stren über magde es denn, keinen ausdrücklichen Befehle zu wider, in geschäftlich über den Korridor zu gehen, an welchem sein Arbeitszimmer lag? Er erhob sich, doch in demselben Augenblicke wurde höflich die Tür zu seinem Arbeitszimmer aufgerissen und Frau Ilse erschien auf der Schwelle, triumphierend einen Brief in der Hand schwenkend.

„Entschuldigung.“ sagte er mit iharer Betonung und griff nach keinem Roede, der über der Stufe liehe lag.

„Ach Gott, stelle dich doch nicht so an wenn wir unter uns sind!“ lachte sie ungeduldig und weichte mit ihrem Talchentuche die Raumdübeln seiner Zigarette, die wie ein zarter Strauß über allen Gegenständen des Zimmers lagen, von sich ab. „Dieser gräßliche Quatsch!“ war sie leicht und hüffend fort. „Kannst du ohne die alten Zigaretten überhaupt nicht leben?“

„Ich habe dich schon so oft gebeten, nicht in mein Arbeitszimmer zu kommen, sondern mich rufen zu lassen, wenn du irgendwas willst.“ erwiderte er gelassen.

„Wenn es sich doch aber um etwas so Wichtiges handelt.“ logte sie gereizt.

„Was gibt es den wieder für eine Staatsaktion?“ spötelte er weiter.

„Mario kommt heute abend um sechs Uhr an.“ entgegnete sie kurz.

„Das mag ja für dich ein recht wichtiges Ereignis sein, aber es wäre wirklich sehr genug gewesen, wenn du mir das nachher beim Diner mitgeteilt hättest.“ lächelte er lakonisch und fügte in veränderterem Tone hinzu: „Ich sehe von halb sechs an zu deiner Verfügung, in einer halben Stunde können wir ja gut an der Bahn sein.“

„Danke, wir brauchen dich nicht.“ entgegnete sie unartig. „Es ist uns lieber, wenn wir uns erst allein aussprechen können.“

„Wie du willst.“ sagte er gelassen. „Aber nun dar ich dich wohl bitten, mich nicht weiter zu stören; du siehst, ich habe zu arbeiten.“

„Fortig hing sie hinaus die Tür unanständig hinter sich zu wehen. Doch schon auf der Treppe änderte sich ihr Gesichtsausdruck; sie lächelte. In ihrem Zimmer angekommen, ließ sie sich auf die Chaiselongue gleiten und hüffelte sich besorglich zwischen die großen, weichen Seidenkissen. Dann entfaltete sie den Brief, den sie immer noch in der Hand hielt.

Es waren nur wenige Zeilen:

Meine liebe Ilse!

Dir und Deinem Gatten herzlichsten Dank für die freundliche Einladung. Wie gerne ich komme, kannst du aus der Gile erleben, mit der ich verbleibe. Gute Nacht!

Am 6 Uhr 3 Minuten treffe ich dort ein und bitte dich auf dem Bahnhof zu sehen. Alles weitere mündlich.

Es küßt Dich innig!

Deine Maria

In dem von Mündigen kommenden Schnellzuge sah eine junge Dame, in tiefer Trauer gekleidet. Der Hine wegen hatte sie den schwarzen Trauerfächer zurückgelassen, der so eine wirrlame Folie bot für das blaue, eigentlich fremdartige Gesicht. Man konnte es eigentlich nicht schon nennen und doch fohre der es sichtlich freudige Bild mit unheilbarer Sicherheit noch einmal zurück, um den Reiz dieses hühen weisen Gesichtes auf sich wirken zu lassen.

(Fortsetzung folgt.)

Das Handwerk ruft zur Tat!

Laut Beschluß des „Reichsverbandes des deutschen Handwerks“ und des „Deutschen Handwerks- und Gewerbe-Tammlertages“ wird vom 15.–22. März 1931 im ganzen Deutschen Reich eine Reichs-Handwerks-Woche abgehalten.

„Handwerks-Wochen“ sind an sich nichts Neues mehr. Die Schneider und die Schuhmacher, die Kürschner und Fleisere und manch andere Handwerksgruppen haben zum Teil seit Jahren schon derartige Werbemaßnahmen mit mehr oder minder großem Erfolg versucht.

Die kommende Reichs-Handwerks-Woche aber, als die erste maßvolle Ausdehnung des gesamten geeinigten

deutschen Handwerks ist etwas grundsätzlich anderes und Höheres, als die Kundenwerbung eines einzelnen Handwerkszweiges!

Welche außerordentliche wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung dieser Veranstaltung beizumessen ist, das geht allein schon aus der Tatsache hervor, daß Reichspräsident von Hindenburg als Ehrenmeister des deutschen Handwerks die Schirmherrschaft übernommen hat.

Sinn und Zweck der Reichs-Handwerks-Woche sollen sich nicht darin erschöpfen, dem Notruf von Industrie und Landwirtschaft, von Handel und Gewerbe neue Klagen und Vorwürfe anzufügen.

Nein, bei dieser Veranstaltung soll es sich darum handeln, neue Hoffnung und neuen Lebensmut in alle Herzen zu tragen!

In der verworrenen Zeit schleicherder Kräfte, steigender Arbeitslosigkeit und allgemeiner Verzweiflung erhebt das geeinte deutsche Handwerk seine mahnende Stimme. Und indem es von seiner Bedeutung für deutsche Volkswirtschaft, deutsche Kultur und deutsche Volksgemeinschaft berichtet, indem es jedem einzelnen Volksgenossen die Wichtigkeit dieser Lasten einbringlich vor Augen hält, leistet das deutsche Handwerk positive Arbeit an Deutschlands Wiederaufbau!

Das Handwerk lebt!

Es hat nicht an Stimmen gefehlt, die den Untergang des Handwerks und seine Verdrängung durch die allmächtige Industrie als unabwendbare Folge einer zwangsläufigen Entwicklung prophezeit. Bis endlich wissenschaftliche Forschung, auf Veranlassung des Reichstages mit der Unterstützung der deutschen Wirtschaftsverhältnisse beauftragt, im Jahre 1930 das einwandfreie Ergebnis brachte:

Das deutsche Handwerk zählt 1,3 Millionen Betriebe, es ernährt 8 Millionen deutscher Volksgenossen und ist zu 14 bis 16% an wirtschaftlichen Gesamtumsatz beteiligt!

Heute glaubt kein Mensch mehr an ein unausbleibliches Todesurteil des deutschen Handwerks! Handwerk ist notwendig für die Volkswirtschaft, diese Erkenntnis steht heute fest, wie die Männer der 8 Millionen, die es ernährt. Maschinenarbeit hat ihren Wert, und Handarbeit hat ihren Wert, jede an ihrem Platz. Ertztaunliches kann die Maschine, alles kann sie nicht. Alle Eichen, die das Maschinenhandwerk füllt, muß die weckulunge Menschenhand füllen; unausbleiblich sorgt die handwerkliche Meisterchaft dafür, daß die Welt der Maschinen von Händen gelenkt wird, die das Wert und seine wertgerechte Erzeugung kennen. Dreizehnt Millionen Lehrlinge bildet das deutsche Handwerk jährlich aus, und ein Teil davon kommt der Industrie zugute. Umgekehrt hat die Industrie dem Handwerk viele Maschinen geschenkt, die es leistungsfähiger machen. So hat das Handwerk auch das richtige Verhältnis zur großen Nachbarin Industrie gewonnen. Im wachen Kampf um seinen Bestand und seine Entfaltung wird das deutsche Handwerk heute täglich neue Freunde. Auch die Reichs-Handwerks-Woche, die der Öffentlichkeit die Notwendigkeit des Handwerks innerhalb der Volkswirtschaft vor Augen führen soll, ist eine Tat im Sinne kraftvollen Vorwärts- und Aufwärtslebens!

Handwerk tut not!



Was das deutsche Handwerk anlässlich der Reichs-Handwerks-Woche der Öffentlichkeit zu sagen hat, hat es in einer offiziellen Aufklärungsbroschüre „Handwerk tut not! Fördert das Handwerk!“ niedergelegt. Diese Schrift wird durch die Handwerkerorganisationen ans Publikum abgegeben. Sie ist dazu berufen, Aufklärung, Stärkung und Freude in jede deutsche Familie zu tragen, und wird auch dann noch ihre segensreiche Wirkung entfalten, wenn das lebendige Bild der vielen Veranstaltungen zur Reichs-Handwerks-Woche bereits in der Erinnerung verblasst. —

Handwerkskultur!

Die tiefe Kultur des Handwerks, zeitweise im rasenden Tempo des industriellen Aufstieges vergessen, gewinnt von Tag zu Tag wieder mehr an Bedeutung.

Der Handwerker nämlich steht in seinem beruflichen Schaffen eben dem Volksgenossen des „Schaffens“ stets näher, als etwa der Industrieanbeiter; er wird nicht auf wenige Handgriffe gedrückt, sondern erlebt in seiner Hände Arbeit au-

gleich innerlich Entfaltung und Bollendung des Werkes. Das erfüllt ihn mit tiefer Berufsfreude, die jenen Hunderttausenden fehlen muß, denen in dem unerbittlichen Produktionsprozeß der Fabriken nur noch der Wert einer kümmerlichen Bewegung in einem ungeheuren Räderwerk zuleibt. Der Handwerker ist und bleibt stets Vollmensch, das heißt, ein Mensch, der die Kräfte seines Nachdenkens und die Fertigkeiten seiner Hände voll und ganz an sein Werk wenden darf.

Diese kulturelle Eigentümlichkeit dem ganzen Volke recht ins Bewußtsein zu bringen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Reichs-Handwerks-Woche.

Handwerk als Mittelstand.

Man nennt das Handwerk einen wesentlichen Bestandteil des Mittelstandes im deutschen Volke.

Die Reichs-Handwerks-Woche soll es allen Volksgenossen predigen, daß dieser Mittelstand nicht nur eine Lagebezeichnung zwischen haben und drüben, zwischen oben und unten ist, sondern in erster Linie eine Wertbeziehung, ein Hinweis auf „vermittelnde“ Aufgaben. Soll die Nation nur aus zwei ewig getrennten Parteien bestehen, aus großen kapitalstarken Unternehmen und kleinen Arbeitern und Angeestellten? Es gilt, sich bemüht zu werden, wach ein guter Beisitz für jedes Volk eine selbständige Mittelschicht kleiner Unternehmer ist, in die viele tüchtige Arbeiter aufrücken können, die nicht in herrschaftswiegen geboren, aber doch von einer freundlichen Fee mit Fleiß, Charakter und Intelligenz begabt worden sind. Für den Fortschritt und die Zufriedenheit der Menschheit wäre nichts verhängnisvoller und niederdrückender, als die Gesundheit, nicht mehr aufsteigen, nicht mehr ausbleiben, nicht mehr als Abhängigkeit zur Selbständigkeit gelangen zu können.

Darum gilt die Mahnung der Reichs-Handwerks-Woche für alle:

Handwerk tut not!
Fördert das Handwerk!



Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Ercheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsführung Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise oberer deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Reklameweise 40 Pfg., Anzeigenbeilage 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingt gesichert oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagegebühr: 10.— Mk. das Laufen, zusätzlich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 31

Donnerstag, den 12. März 1931

33. Jahrg

Wir wollen für Kinder, deren Eltern sich in besondere Notlage befinden, jedoch ihnen die Beschaffung der zur Obhut nötigen Schulbücher nicht möglich ist.

Beihilfen für Schulbücher

gewähren. Anträge (schriftlich oder mündlich) werden bis Montag, den 16. März, an die Stadtschreiberei erbeten. Kemberg, den 11. März 1931.

30) Der Magistrat.

Groeners Antwort an Maginot

Rede des Reichswehrministers im Haushaltsausschuß, Berlin, 10. März

Im Haushaltsausschuß des Reichstages hielt Reichswehrminister Groener eine langwierige Rede, in der er u. a. sagte: Ich möchte ausdrücklich betonen, daß mich alle Angriffe von links und von rechts nicht dazu veranlassen können, die von mir von jeher eingehaltene Linie in der Führung der Reichswehr auch nur um Haarsbreite zu ändern. Denn ich bin der festen Überzeugung, daß die von mir vertretenen Grundzüge allein gewährleisten, daß die Wehrmacht überparteilich und dem politischen Streit entzogen bleibt.

Die Wehrmacht dient dem Staat, nicht den Parteien. Daran halte ich unerschütterlich fest.

Genau ist es für mich eine selbstverständliche Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Wehrmacht das erhält, was sie für die Erfüllung ihrer Hauptaufgabe, den Landeschutz, braucht. Auf Einzelheiten werde ich nach den Reden der Sprecher der Parteien eingehen. Zunächst aber muß ich Angriffe zurückweisen, die aus dem Auslande gegen uns gerichtet worden sind. Der französische Kriegsminister, Herr Maginot, hat vor der französischen Kammer zu der Abrüstungsfrage in einer Weise Stellung genommen, die nicht unüberwunden bleiben darf. Er hat erklärt, es nicht anerkennen zu können, daß auf dem Abrüstungsgebiet alle Völker einen Anspruch auf Behandlung auf gleichem Fuße hätten. Herr Maginot glaubt, wenn man in der Welt die internationale Gerechtigkeit zur Herrschaft gelangen lassen wollte, sei es eben notwendig wie gerecht und eine Würdigung für die anderen Nationen, wenn diesen Ländern, die die Abrüstung gemessen seien, freieren Beschränkungen der Rüstungen unterworfen würden als diejenigen Nationen, die keine Angriffe begangen hätten.

Keine Alleinschuld Deutschlands.

Demgegenüber habe ich folgendes zu erklären: Unsere Stellungnahme bei der sogenannten Kriegsschuldfrage ist wiederholt aus beruflichem Munde vor aller Welt festgestellt worden. Vor kurzem hat der Herr Reichsaussenminister hierzu im Namen der Reichsregierung bedeutsame Erklärungen abgegeben, die ich nicht zu wiederholen brauche.

Die Versaillescher Teile von der Alleinschuld Deutschlands will längst von der internationalen historischen Wissenschaft widerlegt worden. Wir haben den Spruch eines wachstumsunabhängigen Zusammenstoßes internationaler Gremien, dessen Zusammentritt die deutsche Regierung von jeher gefordert hat, nicht zu fürchten! Die Feststellung der Wahrheit wird vielmehr den Verträgen, die auf der Behauptung von Deutschlands Alleinschuld am 11. August 1919, diese Stütze entziehen.

Deutschlands Entlassung ist im Versaillescher Vertrag damit begründet worden, daß die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen ermöglichte. Deutschland hat diese Vorbedingung erfüllt. Wir sind abgerüstet in einem Maße, das in der Geschichte ohne Beispiel ist. Die anderen Mächte aber haben sich verpflichtet, uns auf dem Wege der Abrüstung zu folgen. Daß es sich hierbei um eine rechtlich verbindliche Verpflichtung handelt, haben maßgebende Staatsmänner der anderen Seite wiederholt bestätigt.

Gleiches Recht für alle.

Wir haben das Recht, zu verlangen, daß die Ungleichheit der Rüstung, die durch Deutschlands Vorausleistung auf diesem Gebiet entstanden ist, gemäß den Vertragsbestimmungen durch eine entsprechende Angleichung der anderen Mächte ausgeglichen wird. Wir haben das Recht auf denselben Grad von Sicherheit, den die anderen Staaten für sich in Anspruch nehmen. Wir erheben unsere Forderung auf allgemeine Abrüstung im Interesse des Friedens und des Wiederaufbaues von Europa, der dringendsten Aufgabe unserer Zeit. Deutschland ist bereit und ist stets bereit gewesen, an jeder Art von Abrüstung politisch mitzuwirken, die auf der Grundlage der Gleichberechtigung vorgenommen wird.

Um aber keine Abrüstung

Herr Maginot hat nun darauf hingewiesen, daß Frankreich der Abrüstung bereits Rechnung getragen habe. Es habe die Zahl seiner Divisionen gegenüber dem Stand von 1918 herabgesetzt und habe heute weniger Mannschaften bei der Fahne als damals. Statt der dreißigjährigen habe es die einjährige Dienstzeit eingeführt.

Wir können diese Organisationsänderungen des französischen Heeres nicht als Abrüstung anerkennen. Es handelt sich vielmehr um eine wohlverwogene Umrichtung, die den Kriegsvorgängen und der rapiden Entwicklung der Kriegstechnik Rechnung tragend die Schlankheit der französischen Armee nicht vermindert, sondern beträchtlich vermehrt hat. Der Wert eines Heeres richtet sich nicht nach der Länge der Dienstzeit, sondern nach der Intensität der Ausbildung, nach der Stärke der ausgebildeten Reserve, nach der Zahl und der Güte des Materials.

Echo der Groener-Rede.

Was man in Paris ...

Die große Rede des Reichswehrministers Groener wird in der französischen Presse zwar stark beachtet, gibt der Mehrzahl der Blätter aber anscheinend wegen ihres sachlichen Inhalts keine Veranlassung, dazu Stellung zu nehmen. Man begnügt sich vielmehr damit, die wesentlichen Punkte wörtlich wiederzugeben, und unterrichtet dabei besonders die Säule, in denen sich Groener gegen die unahren Behauptungen des französischen Kriegsministers bezüglich der deutschen Wehrmacht wendet.

Eine Ausnahme von dieser allgemeinen Zurückhaltung



Nur diese Gleichberechtigung konnte zum Ausbruch führen und in Deutschland die radikale Bewegung nach rechts und links abkühlen. Angesichts der die christliche Kultur untergrabenden Gefahr aus dem Osten mußte Europa sich einigen. Außer dem „Wahnschmerz“, „Friede“ und „europäische Verständigung“ gebe es noch einen dritten grundlegenden Begriff: „die Gerechtigkeit“.

Sodann sprach die deutsche Reichstagsabgeordnete Helene Weber im Namen der katholischen Frauen Deutschlands. Sie betonte den Einfluß der Frau auf die christliche Weltanschauung im Sinne der Verständigung und des Friedens.

Der ehemalige Abgeordnete Boiffard legte in längeren Ausführungen den Geist und die Ziele der katholischen Bewegung dar. Der Redner entwickelte das Programm für die Zukunft, wobei er eine weitgehende Ausschaltung der Politik zugunsten des Kampfes gegen den rechten und linken Radikalismus in Aussicht stellte.

Der Reichstagsabgeordnete Joos erklärte, daß das von dem französischen Abgeordneten Boiffard verkündete Programm in dieser Form nicht den Auffassungen der deutschen katholischen Entreprde. Der Kampf der katholischen Bewegung richte sich lediglich gegen die Zersplitterung der christlichen Familie und des christlichen Geistes, wobei man an die bolschewistische religionsfeindliche Propaganda gedacht habe.

Doppelvorlage zum Ostbilfegesetz.

Sollen Schleswig-Holstein und Oldenburg ausgeschlossen werden?

Berlin, 11. März.

Der Reichsrat hat das Ostbilfegesetz in der Fassung angenommen, die die Ausschüsse der Regierungsvorlage gegeben haben, wonach Entschuldigungsmaßnahmen außer für die ursprünglich vorgesehenen Gebiete auch für die Provinz Schleswig-Holstein, die östlich der Elbe gelegenen Teile der

Provinz Sachsen und die Länder Sachsen, Anhalt und Oldenburg getroffen werden sollen.

Die Reichsregierung hat der Einbeziehung dieser Gebiete unter gewissen Bedingungen zugestimmt und will von der ihr gegebenen Ermächtigung, auch dort Einzelmaßnahmen durchzuführen, möglichst weitgehend Gebrauch machen, jedoch nicht hinsichtlich der Provinz Schleswig-Holstein und des Landes Oldenburg. Sie dürfte daher, da diese beiden Landesteile durch den Reichsratsbeschluß doch miteinbezogen worden sind, entsprechend der Antündigung des Ministers Treutmann dem Reichstag eine Doppelvorlage unterbreiten, die im Gegenzug zu der vom Reichsrat angenommenen Vorlage für die Provinz Schleswig-Holstein und für Oldenburg Entschuldigungsmaßnahmen im Rahmen der Osthilfe nicht vorsieht.

Regierungsbereit wenn ...

Antwort der D. N. V. P.

Berlin, 11. März.

Die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei teilt mit:

Dr. Hugenberg, Dr. Oberjochen und Dr. von Winterfeldt veröffentlichten eine Erklärung, deren Zweck nicht rüden, sondern die Auseinandersetzung über Vergangenes ist, sondern vielmehr die mittlere Durchführung der auch vom Reichsrat betonten Notwendigkeit größerer Wahrsamkeit in unserem öffentlichen Leben.

In der Regierunspresse wird neuerdings in verächtlichem Umfange die falsche Darstellung verbreitet, daß die Regierung durch die Politik der nationalen Opposition auf die Seite der Sozialdemokratie gedrängt werde und daß die Reichsparteien, insbesondere die Deutschnationale Volkspartei, sich vor oder nach den Wahlen aus Schen vor Verantwortung einer politischen Mitarbeit an der Regierung verweigert habe.

In der Erklärung heißt es u. a., daß den Deutschnationalen seitens der Regierung Trübnis wider vor noch nach den Septembervahlen irgendwelche Angebote betreffend Regierungsbeteiligung gemacht oder irgendwelche Möglichkeiten hierzu geboten worden seien. Die deutschnationalen Parteiführer hätten seit dem Herbst 1929 öffentlich und nichtöffentlich immer wieder betont, daß sie zur Übernahme der Verantwortung, allerdings unter bestimmten, dem Kanzler beizugebenden Bedingungen, bereit seien.

Die Behauptung, das Kabinett habe „in Auswertung der Wahlen den nachdrücklichsten Verzicht gemacht, die Grundlage der Regierung nach rechts zu erweitern“, wird, soweit die Deutschnationalen in Betracht kämen, in der Erklärung als unrichtig bezeichnet.

Selbstbehauptung des Handwererts.

Sechs Millionen Berufsangehörige.

Berlin, 11. März.

Die Bedeutung des handwerklichen Mittelstandes wird sowohl zahlenmäßig als auch in seinen Auswirkungen auf die deutsche Gesamtwirtschaft häufig stark unterschätzt. Nach dem Ergebnis der sogenannten Handwerks-Enquete wird der zahlenmäßige Bestand der Handwerkswirtschaft auf rund 1,3 Millionen Betriebe mit etwa 3,7 Millionen Beschäftigten geschätzt. Außerdem aber sind allein in der Industrie 2 Millionen Handwerker beschäftigt. Wenn man die selbständigen Handwerker sowie die in der Industrie, der Landwirtschaft und in den Regierbetrieben beschäftigten Handwerker zusammenrechnet, kommt man auf etwa 6 Millionen Berufsangehörige, während die Zahl aller Erwerbstätigen in Deutschland etwa 32 Millionen ausmacht.

Das Handwerk ist bei der allgemeinen Notlage besonders dadurch in Mitleidenschaft gezogen, daß die große Masse des deutschen Volkes genötigt ist, in erster Linie auf die Billigkeit der Erzeugnisse zu sehen, während der deutsche Handwerker genötigt ist, Qualitätsarbeit zu liefern und gutes Material zu verwenden, dafür aber auch eine größere Haltbarkeit zu garantieren.

Durch die Inflation ist dem selbständigen Handwerker das Betriebskapital verloren gegangen. Steuern und soziale Lasten bedrücken ihn heute in besonders hohem Maße. Trotzdem zeigt sich gerade beim Handwerk der unbeugsame Wille zur Selbstbehauptung, der vor allem seinen Ausdruck darin findet, daß etwa eine Million selbständiger Handwerker in Innungen zusammengeschlossen sind und daß die gewerblichen Kreditgenossenschaften sich steigenden Ansehens erfreuen.

Fünftageswoche gefordert

Berlin, 11. März.

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes fordert in einer einstimmig angenommenen Entschließung die Einführung der fünfzügigen Arbeitswoche.

„In der Resolution heißt es u. a.: Der Bundesausschuß lenkt die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit darauf, daß die Entmündigung auf dem Arbeitsmarkt eine dauernde Verbesserung der Arbeitszeit erfordere, um die Arbeitslosigkeit selbst bei besserer Konjunktur auf alle Arbeitskräfte gerecht zu verteilen. Aus diesem Grunde erhebt der Bundesausschuß förmlichen Protest dagegen, daß Scheibsprüde gefällig durchgeführt werden, die zwar eine Arbeitszeit über 48